



**Letzter Schliff:** Michel De Carolis will am Samstag Mister Schweiz werden. > SEITE 24

## Atomausstieg ja – aber nicht sofort

Schon vor Fukushima setzten Baselbieter Politiker auf Förderung erneuerbarer Energien

FRANZISKA LAUR

**Die Bekenntnisse der Landrats- und Regierungskandidaten auf Smartvote zeigen: Schon vor dem Reaktorunglück in Japan war der Wunsch nach dem Ausstieg aus der Atomenergie gross. Jetzt bekennt sich auch die FDP dazu, und die SVP macht sich ebenfalls Gedanken.**

Von links bis rechts wird zurzeit über den Ausstieg aus der Atomenergie debattiert; nur ein Lippenbekenntnis nach dem Fukushima-Schock oder ehrliche Überzeugung? Ein Blick auf Smartvote zeigt: So sehr beeinflusst vom tragischen Ereignis in Japan sind die Bedenken gegen Atomstrom nicht. Schon vor dem Unfall beim Reaktor in Fukushima haben 450 Landrats- und Regierungskandidaten ihre Meinung zum Ausstieg aus der Atomenergie kundgetan. Über 60 Prozent sagten schon damals «Ja» oder «eher Ja» dazu.

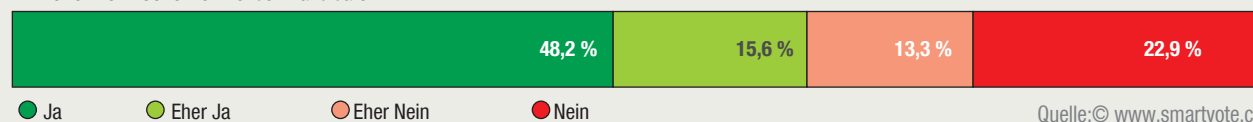
Für Philipp Schoch, Präsident der Grünen, kommt dies nicht überraschend: «Parteien, die sich nicht klar zum Ausstieg bekennen, werden künftig nicht mehr gewählt.» Er schränkt aber ein: «Smartvote ist geduldig. Nun müssen auf Worte Taten folgen.» Er plädiert dafür, die Smartvote-Ergebnisse aufzubewahren, damit man die heutigen Bekenner eines Ausstiegs beim Wort nehmen kann. Seine Partei hat gestern angekündigt, im Landrat sechs Vorstösse einzureichen, um sauberen Strom zu schaffen. Auch eine entsprechende Initiative haben die Grünen – noch vor Fukushima – lanciert.

**UMDENKEN.** Ausstieg ja, aber sorgsam, argumentiert Michael Herrmann, Präsident der FDP. «Wir müssen raus aus dem Atomstrom, das ist klar.» Realistischerweise müsse man sich dazu rund drei Jahrzehnte Zeit geben. Also doch neue AKW? «Lieber ein neues modernes AKW als ein morsches wie Fessenheim.» Hat sich die FDP dem Thema Atomausstieg bislang zu wenig ange-



**Befürworten Sie einen Ausstieg der Schweiz aus der Atomenergie?**

Antworten von 450 teilnehmenden Kandidaten



**Mehr Solarenergie.** Fast 64 Prozent der Politiker, die am Sonntag im Baselbiet kandidiert haben, möchten auf Atomstrom verzichten. Grosse Solarprojekte wie das Wattwerk in Bubendorf (Bild) sind eine Alternative. Foto Christian Flierl, Grafik Baz/zh

nommen? «Es ist sicher so, dass wir das etwas verschlafen haben», gibt sich Herrmann selbstkritisch. Er weist allerdings auf eine Resolution hin, die seine Partei vor zwei Jahren verabschiedet hat: ein Konzept für eine nachhaltige Energiepolitik. Die Vision: Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen, allerdings stets mit der Wirtschaftlichkeit vor Augen. «Heute würde sie wohl radikaler ausfallen», ist Herrmann überzeugt. Er glaubt damals wie heute, dass Wasserkraft ausbaubar ist und sich Geothermieprojekte auch in der Region noch durchsetzen werden. Auch die Erweiterung des Anti-Atom-Verfassungsartikels ist für ihn ein Thema. Gemäss

diesem ist die Baselbieter Regierung verpflichtet, sich gegen nukleare Einrichtungen in der Region zu Wehr zu setzen; die Regierung steckt einen Radius von nur 20 Kilometern. «Fessenheim weist ja schon lange ein erhöhtes Risikopotenzial auf – wir sollten wieder aktiv werden», sagt Herrmann.

**ABWARTEN.** SVP-Landrat Hanspeter Weibel, Mitglied der parlamentarischen Energiekommission, steht weiter zur Atomenergie: «Bis zum heutigen Tag hat es in Japan wegen des Erdbebens und des Tsunamis viele Tote gegeben; jedoch keinen einzigen wegen der Atomkatastrophe.» Er räumt ein, dass

langfristig gesehen die Folgen noch nicht absehbar sind, doch: «Selbst im Hinblick auf das Unglück in Tschernobyl sind die Aussagen zu Geschädigten widersprüchlich.» Gedanken, wie Atomstrom zu ersetzen sei, müsse man sich nun aber tatsächlich machen – doch nicht unter dem Druck eines sofortigen Verzichts auf AKW. «Sonst können Lösungen nicht sauber und emotionslos abgeklärt werden.» 40 Prozent des Verbrauchs in der Schweiz stammen aus AKW, diese könnten nicht über Nacht ersetzt werden. Doch der Konsequenzen sind sich die Leute zu wenig bewusst», sagt Weibel.

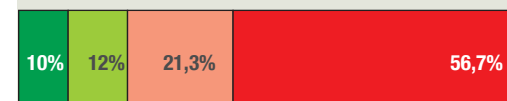
## Für Personenfreizügigkeit – gegen Südumfahrung

Kandidaten von links bis rechts zeigten sich auf Smartvote mehrheitlich offen, sozial und liberal

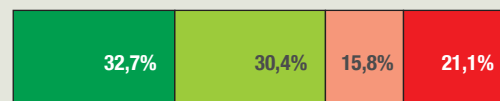
### WICHTIGE POLITISCHE THEMEN IM KANTON

Antworten von 450 teilnehmenden Kandidaten

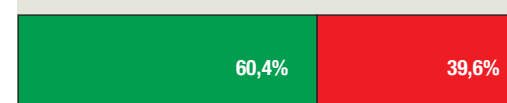
**Soll die Schweiz das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU aufkündigen um die Zuwanderung von EU-Bürgern/-innen einzuschränken?**



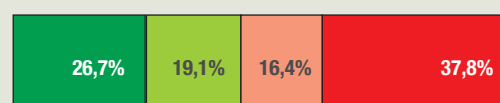
**Sollen die Gemeinden dazu verpflichtet werden, genügend familienexterne Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Vorschulalter zur Verfügung zu stellen?**



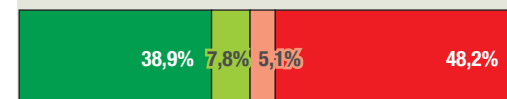
**Haben Sie der Erhöhung der Beiträge an das Theater Basel zugestimmt? (Kantonale Abstimmung vom 13. Februar 2011)**



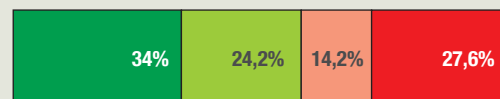
**Würden Sie es befürworten, wenn Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens zehn Jahren im Kanton Baselland leben, das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene erhalten würden?**



**Befürworten Sie grundsätzlich das Projekt einer Südumfahrung von Basel durch das Leimental und Birseck?**



**Können Sie sich eine Fusion mit dem Kanton Basel-Stadt grundsätzlich vorstellen?**



Quelle: © www.smartvote.ch

FRANZISKA LAUR

**Die Analyse der Kandidaten-Antworten auf Smartvote zeigt: Der grössere Teil war für den Theaterkredit und mehr Krippenplätze.**

450 Landrats- und Regierungskandidaten haben sich die Mühe genommen, auf Smartvote ihre politische Gesinnung transparent zu machen. Hauptsächlich diejenigen Kandidierenden, welche sich ihres Sitzes ziemlich sicher waren, haben auf die Teilnahme verzichtet; so beispielsweise die beiden FDP-Regierungsräte oder auch Noch-Regierungsrat Jörg Krähenbühl (SVP) – ob er mit mehr Online-Engagement die Abwahl hätte vermeiden können, bleibt offen. Etwas fällt auf: Die Kandidierenden äusserten sich zu den politischen Themen tendenziell eher offen, modern und sozial. Allerdings hat sich die konservativ ausgerichtete SVP schlecht beteiligt. Von den 90 Kandidaten haben nur 52 teilgenommen.

**TAGESSTRUKTUREN.** So befürwortet die Mehrheit, dass Gemeinden dazu verpflichtet werden sollen, genügend familienexterne Betreuungsmög-

lichkeiten für Kinder im Vorschulalter zur Verfügung zu stellen. 63 Prozent sagen Ja oder eher Ja dazu. Eher ablehnend äusserten sich die Kandidaten zum Stimmrecht auf Gemeindeebene für Ausländer, die seit mindestens zehn Jahren im Kanton wohnen. Lediglich 46 Prozent sagten Ja dazu.

Deutlich auch die Antworten zur Südumfahrung von Basel durch das Leimental und Birseck: Die Mehrheit ist gegen dieses Strassenprojekt.

**FUSION.** Wäre es nach den Landratskandidaten gegangen, hätte Basel problemlos erhöhte Beiträge an das Theater bekommen. Über 60 Prozent gaben an, für den Kredit gestimmt zu haben. Innovativ und experimentierfreudig antwortete die Mehrzahl der Kandidaten auch auf die Frage zur allfälligen Fusion des Kantons Baselland mit Basel-Stadt: Sie befürworten eine solche.

Die Mehrheit der Kandidaten sprach sich gegen die Einschränkung der Personenfreizügigkeit aus. Sie sind nicht dafür, dass die Schweiz das Abkommen mit der EU aufkündigt, um die Zuwanderung von EU-Bürgern einzuschränken.

### nachrichten

#### Zwei Frauen nachts sexuell belästigt

**BASEL.** Gestern am frühen Morgen zwischen 2 und 3 Uhr wurden zwei Frauen in Grossbasel West sexuell belästigt, wie die Staatsanwaltschaft mitteilt. Sie geht davon aus, dass es sich in beiden Fällen um die gleiche Täterschaft handelt. Kurz nach 2 Uhr folgte ein Mann einer 33 Jahre alten Frau, die von der Elsässerstrasse her über die Luzernerbrücke ging, und griff ihr ans Gesäss. Als das Opfer sich wehrte, flüchtete der Mann zuerst, stand aber bald wieder neben der Frau und entblöste sich unten. Diese rannte Richtung Flughafenstrasse und schrie um Hilfe, worauf der Mann flüchtete. Um 3 Uhr griff ein Mann einer 42-jährigen Frau, die über die Kreuzung Holbein-/Feierabendstrasse joggte, an die Brust. Der Täter flüchtete Richtung Steinenring. Der Unbekannte ist 25 bis 35 Jahre alt und etwa 175 Meter gross. Er trug eine blaue Jacke und blaue Jeans. Die Polizei sucht Zeugen (Tel. 061 267 71 71).

#### Einspeisevergütung dem Bund angepasst

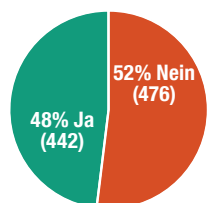
**LIESTAL/BASEL.** Die Baselbieter Regierung passt die kantonale Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien an die niedrigeren Investitionskosten für Stromanlagen an. Sie soll an die inzwischen eingeführte kostendeckende Einspeisevergütung des Bundes gebunden werden. Der bisherige Vergütungssatz sei festgesetzt worden, als die Gestehungskosten höher gewesen seien als heute, heisst es beim Amt für Umweltschutz und Energie. Die vom Bund eingeführte kostendeckende Einspeisevergütung folge jeweils der Entwicklung. Die Änderung sei von den Stromversorgern Elektra Birseck und Elektra Baselland gewünscht worden. Auch die basel-städtische Regierung hat den Förderbeitrag an die gesunkenen Investitionskosten für Fotovoltaik-Anlagen angepasst. Neu werden für Anlagen mit einer Leistung von unter zehn Kilowatt Peak (kWp) 2500 Franken pro kWp gewährt. SDA

### frage des tages

#### Soll sich das Baselbiet mehr gegen AKW wehren?

Der Wille zum Ausstieg aus der Atomenergie ist in der Baselbieter Politik vorhanden (Artikel auf dieser Seite). Soll sich der Kanton stärker als bisher gegen atomare Einrichtungen in der Region und der Nachbarschaft wehren? > [www.baz.ch](http://www.baz.ch)

**DAS ERGEBNIS DER FRAGE VON GESTERN:** Fühlen Sie sich sicher im Baselbiet?



ANZEIGE

**Gymnastik Diplom-Schule / Institut für Bewegung**

**Traumberuf Bewegung!**

**Schnuppertage sind jederzeit möglich!**

[www.gds-ibf.ch](http://www.gds-ibf.ch)  
Eulerstrasse 55, 4051 Basel | Tel. 061 560 30 30

Basler Bildungsgruppe